

Kiel, 8. April 2010 Landeshaus Tel. (0431) 988 1145 (0431) 988 1171 Fax (0431) 988 1156

## Kurzbericht

über die 7. Sitzung des **Bildungsausschusses** am Donnerstag, dem 1. April 2010, 14:00 Uhr, im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Beginn: 14:05 Uhr

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfahl der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes, Drucksache 17/371, abzulehnen.

Den Bericht der Landesregierung zur politischen Bildung 2009, Drucksache 17/70, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis. Sodann berichtete Landtagsdirektor Dr. Schliesky über die gemeinsamen Überlegungen des Bildungsministeriums und der Landtagsverwaltung zur Integration der Landeszentrale für politische Bildung in die Verwaltung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Es wird angestrebt, dass sich die Fraktionen bis zur nächsten Bildungsausschusssitzung am 6. Mai 2010 eine Meinung zur zukünftigen Ansiedlung der Landeszentrale bilden.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen sodann Berichte des Bildungsministers zu den Themen **Kultusministerkonferenz, Mittel für Vertretungskräfte** (Umdruck 17/499) und **gebundene Ganztagsschulen** (Umdruck 17/582). Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/635 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Zum **neuen Aufnahmeerlass** wurde das Bildungsministerium um eine schriftliche Stellungnahme gebeten (Umdruck 17/553).

Zum Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Lehrerbildung, Drucksache 17/281, will der Bildungsausschuss eine mündliche Anhörung durchführen. Die Fraktionen wurden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 26. April 2010 zu benennen.

Ausführlich befasste sich der Bildungsausschuss mit den Anträgen zur Mitbestimmung von

Studierenden und Schülerinnen und Schülern, Drucksachen 17/28 und 17/54 sowie Umdruck 17/629. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SPD, der LINKEN und SSW empfahl der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/28 in der Neufassung des Umdrucks 17/629 abzulehnen. Die Fraktion DIE LINKE zog ihren Änderungsantrag Drucksache 17/54 zurück. In diesem Zusammenhang brachte der Bildungsausschuss die Einrichtung eines "Hochschulpolitischen Dialogforums" auf den Weg (Umdruck 17/651), das zweimal jährlich tagen und den Kontakt zwischen Bildungsausschuss und Akteuren an den Hochschulen intensivieren soll.

Außerdem bat der Bildungsausschuss den Europaausschuss, ihn an einer Anhörung zum SSW-Antrag Unterstützung der Kulturhauptstadt Sønderborg, Drucksache 17/279, zu beteiligen, und beschäftigte sich mit der Rücknahme der geplanten Neufassung des Pflichtstundenerlasses.

Schluss: 17:15 Uhr

gez. Ole Schmidt